

# Bürgerschaftliches Engagement fördern

## Wahlprüfsteine des Treffpunkt Freiburg e.V. zur Bundestagswahl 2013

Stand: 18.09.2013



Bürgerschaftliches Engagement wird zunehmend wichtiger. Um die anstehenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen, ist der Beitrag einer starken Zivilgesellschaft unverzichtbar, die konstruktiv-kritisch mit Staat und Wirtschaft zusammenarbeitet.

Entsprechend wichtiger wird die systematische und fachlich fundierte Förderung des bürgerschaftlichen, freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements.

Zur Bundestagswahl 2013 befragte der Vorstand des Treffpunkt Freiburg e.V. die Freiburger BundestagskandidatInnen zu ihrer Engagementpolitik: **Wie würden Sie auf Bundesebene bürgerschaftliches Engagement fördern?** Im Vorfeld hatten wir unsere Nutzergruppen und Mitgliedsorganisationen befragt und alle KandidatInnen zu sehr anregenden Einzelgesprächen in unseren Räumen begrüßen dürfen. Im folgenden finden Sie die Antworten auf unsere fünf Fragen tabellarisch aufgelistet.

Der Treffpunkt Freiburg ist eine Einrichtung von Ehrenamtlichen für Ehrenamtliche, im wesentlichen gefördert durch die Stadt Freiburg und das Land Baden-Württemberg. Er ist im Jahr 2000 aus dem Freiburger Agenda 21-Prozeß/ Nachhaltigkeitsprozeß heraus entstanden. Im Treffpunkt Freiburg e.V., der 2004 die Trägerschaft übernahm, sind ca. 50 Vereine und Gruppen stimmberechtigte Mitglieder.

Die derzeit wichtigsten Aufgabenbereiche sind

- **Räume:** Bei uns treffen sich um die 100 Vereine und Gruppen kostenlos zu Sitzungen, Büroarbeit oder Veranstaltungen. Wir stellen auch die Sitzungs-, Büro- und Veranstaltungstechnik.
- **Fortbildungen:** Hunderte Ehrenamtliche kommen jährlich zu unseren Fortbildungen zu Themen rund ums Engagement: von Vereinsrecht und Vereinsbuchhaltung über die eigene Website bis hin zur Einführung in die Kommunalpolitik und zum konstruktiven Umgang mit Konflikten.
- **Öffentlichkeitsarbeit:** Wir unterstützen freiwillig Engagierte auch durch unsere Website, Auslagen, Aushänge, unser Sommerfest und die Zeitschrift "Engagiert in Freiburg", die wir gemeinsam mit anderen Engagierten und EngagementförderInnen herausgeben.
- **Vernetzung:** Unsere Fortbildungen, gesonderte Veranstaltungen, das Sommerfest und die Aktivitäten des uns assoziierten Netzwerks "Freiburg im Wandel" bieten Gelegenheit zu Informationsaustausch, Erfahrungsaustausch und Suche nach Kooperationspartnern.

Treffpunkt Freiburg, Schwarzwaldstr. 78d, 79117 Freiburg, Tel.: 0761/ 21687-30  
Email: [info@treffpunkt-freiburg.de](mailto:info@treffpunkt-freiburg.de), Web: [www.treffpunkt-freiburg.de](http://www.treffpunkt-freiburg.de)

<b>Matern von Marschall</b> <b>CDU</b>	<b>Gernot Erler</b> <b>SPD</b>	<b>Kerstin Andreae</b> <b>GRÜNE</b>
<b>1. Was kann aus Ihrer Sicht der Bund tun, damit Familie, Beruf/ Ausbildung und Engagement besser miteinander vereinbart werden können?</b>		
<p>„Wir wollen auch in Zukunft diejenigen unterstützen, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dazu wollen wir die steuerlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern. Ehrenamtliche Tätige und Vereine wollen wir von Bürokratie entlasten“, heißt es im kommenden Regierungsprogramm der CDU/CSU. Das finde ich einen guten Ansatz. Denn wer sich ehrenamtlich engagiert, soll seine Zeit nicht mit Papierkrieg zubringen. Ebenso wenig darf es ihm finanzielle Einbußen bringen.</p>	<p>Bürgerschaftliches Engagement ist Teil einer lebendigen Demokratie. Dazu zählen neben den klassischen Freiwilligendiensten beispielsweise auch Bildungs-, Familien- und Sozialpatenschaften sowie Freizeitassistenzen für Menschen mit Behinderungen. In Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Umweltorganisationen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Selbsthilfegruppen, Migrantenorganisationen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen findet bürgerschaftliches Engagement statt. Dieser Vielfalt muss die Politik Rechnung tragen.</p> <p>Voraussetzung um sich zu engagieren ist vor allem Zeit. Die SPD will daher den Raum dafür schaffen, dass Menschen besser über ihre Zeit verfügen können. Mehr Zeitsouveränität um Ausbildung, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.</p> <p>Der SPD ist auch das freiwillige Engagement junger Menschen wichtig. Deshalb wollen wir auch die Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen gezielt verbessern. Wir werden gesellschaftspolitisches Engagement in Vereinen und Verbänden bei der Bemessung der Förderzeiten im Rahmen des BAföG dem hochschulpolitischen Engagement gleichstellen. Zudem werden wir prüfen, wie wir Auszubildenden mehr Zeitautonomie für gesellschaftspolitisches Engagement geben können.</p>	<p>Engagement muss mit anderen Bereichen des Lebens, ob Familie, Ausbildung oder Beruf, vereinbar sein. Das wollen wir durch eine umfassende Zeitpolitik sicherstellen. Wir wollen Müttern und Vätern mehr Flexibilität geben, ihre Arbeitszeiten mit den Anforderungen ihrer Familie in Einklang zu bringen. Dazu müssen die Arbeitszeiten so geregelt werden, dass es neben dem Recht auf Teilzeit auch ein Recht auf Rückkehr zu Vollzeit gibt. Wir werden, auch im engen Dialog mit den Sozialpartnern, neue Modelle entwickeln, wie wir in Zukunft Zeit für die Familie oder Engagement und Zeit zum Arbeiten besser miteinander vereinbaren können. Dabei orientieren wir uns beispielsweise am Leitbild einer vollzeitnahen Teilzeit für beide Elternteile.</p> <p>In einem Antrag zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements (Drs. 17/11378), hat unsere Bundestagsfraktion außerdem gefordert, darauf hinzuwirken, zivilgesellschaftliches Engagement durch Präsenzzeiten, Abwesenheiten und Freistellungen in Betrieben, öffentlicher Verwaltung und Schulen in den unterschiedlichen Lebensphasen besser zu ermöglichen.</p>

## 2. Was würden Sie vorschlagen, um benachteiligten Bevölkerungsgruppen (z.B. MigrantInnen, bildungsfernen/ finanzschwachen Menschen, Behinderten) den Zugang zum Engagement zu erleichtern?

Die Anrechnung der Zeiten ehrenamtlicher Tätigkeit auf die Berufsbiographie ist ein Ziel der CDU. Ebenso die Ausweitung der Ehrenamtskarte auf alle Bundesländer. Deren Vergünstigungen kämen benachteiligten Gruppen besonders zu Gute.

Die umfassende und chancengleiche Möglichkeit der Teilhabe ist Grundvoraussetzung dafür, dass alle Menschen sich als Teil der Gesellschaft verstehen und sich in ihr engagieren. Wir wollen eine Gesellschaft, deren sozialer Zusammenhalt durch gegenseitige Wertschätzung und Anerkennung im Umgang miteinander in jeder Situation gestärkt wird.

Die soziale Stadtentwicklung ist daher Grundlage und Voraussetzung für Innovation, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Gesellschaft beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld. Dort gilt es, für ausreichend gute und bezahlbare Wohnungen zu sorgen und Zusammenhalt, sozialen Ausgleich, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen. Das stärkt auch demokratisches Bewusstsein und Handeln – und macht Werte erlebbar. So gelingt die inter- und intrakulturelle Integration und so gelingt auch Inklusion.

Das bürgerschaftliche Engagement vor Ort in den Kommunen und Stadtteilen ist in diesem Zusammenhang ein Schlüssel für ein gelingendes Miteinander in unserer Gesellschaft. Auch das vielfältige soziale Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund leistet einen zentralen Beitrag zur Integration, der ausreichend gewürdigt werden muss. Das gilt sowohl für das Engagement in Migrantenselbstorganisationen als auch für die Kooperation mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft. Insgesamt müssen mehr Anstrengungen unternommen werden, um Bürgerinnen und Bürger, auch mit Migrationsgeschichte, noch stärker in die vorhandenen Engagementstrukturen einzubinden. Direkte Unterstützung kann ich mir im Bereich der Unkostenerstattung, des Versicherungsschutzes und des Freiwilligenmanagements vorstellen. Was dringend erforderlich ist, sind mehr Fortbildungsangebote und ein besserer Zugang zu Beratungsstrukturen!

Bürgerschaftliches Engagement ist noch immer überwiegend ein Phänomen der bildungsnahen Schicht. Menschen aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Milieus bringen sich bislang weniger in das Gemeinwesen ein, auch wenn ein wachsendes Interesse erkennbar ist. Häufig sind Beteiligungs- und Engagementangebote nicht niedrigschwellig genug, um alle Menschen gleichermaßen zu erreichen. Modellprojekte allein genügen hier nicht.

Bürgerschaftliches Engagement ist überaus vielfältig und findet sich in den unterschiedlichsten Formen und Zusammenhängen. Um eine nachhaltige Vernetzung und Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger zu erleichtern, braucht es eigene feste Orte und Einrichtungen. Deshalb wollen wir die in vielen Städten und Gemeinden entstandenen Freiwilligenzentren fördern und ausbauen. Engagement entsteht primär vor Ort, in der Kommune. Deshalb ist es uns Grünen wichtig, Engagementfördernde Infrastruktur von unten zu stärken und die Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, Instrumente wie die Mehrgenerationenhäuser selber tragen zu können. Für die engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen müssen soziale und kulturelle Sensibilität Leitlinien sein. Wir wollen Hürden unserer Demokratie abbauen und machen uns für schwache und weniger laute Stimmen stark.

**3. Was könnte der Bund tun, damit das Verhältnis von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in Einrichtungen so gut gestaltet wird, daß der Charakter des freiwilligen Engagements und die Arbeitsmarktneutralität gewahrt bleiben?**

Auf dieser Ebene kann ich mir nur Richtlinien zur Aus- und Fortbildung Ehrenamtlicher sowie zu deren Entschädigung vorstellen. Dabei denke ich weniger an Vorschriften, als an eine Initiative, die eine bundesweite Verbreitung und Harmonisierung bewährter Modelle ermöglicht.

Das Verhältnis von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen muss natürlich in erster Linie von den Beteiligten selbst gestaltet werden. Die Politik muss allerdings ein Auge darauf haben, wenn in der Frage der Anerkennung für ehrenamtliches Engagement finanzielle Aspekte wie Aufwandsentschädigungen oder Auslagenerstattungen eine immer größere Rolle spielen. So erscheint es mir an der Zeit, die vollzogene weitere Erhöhung der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale, die zu begrüßen ist, auf ihre Wirkung hin zu überprüfen. Sind sie die richtige Form der Anerkennung für Engagement oder führen sie zu noch mehr Missbrauch, wie beispielsweise zur Umgehung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch die Kombination mit 400-Euro-Jobs? Wie ist das Verhältnis von Übungsleiterpauschale und Ehrenamtspauschale zu werten? Sind die Tätigkeitsfelder von Engagement arbeitsmarktneutral? Ein Monitoring muss hier Klarheit schaffen, ob die Arbeitsmarktneutralität von Engagement noch gegeben ist oder in Gefahr gerät. Wir setzen da auch auf die Personalvertretungen, die es allerdings auch nur in den größeren Organisationen gibt.

Bürgerschaftliches Engagement muss immer eine zusätzliche Tätigkeit sein. Wir Grüne sehen die zunehmende Bezahlung von Engagement kritisch. Vielmehr ist eine gesellschaftliche Würdigung notwendig: etwa durch flächendeckende Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote oder auch durch die Einführung von Vergünstigungen für Engagierte. Zu diskutieren sind auch Formen des Nachweises von Engagement, damit (potentielle) ArbeitgeberInnen die im Engagement erworbenen Fähigkeiten nachvollziehen können. Grundsätzlich muss Engagement mit anderen Bereichen des Lebens - Schule, Ausbildung oder Berufsleben - vereinbar sein, was wir durch eine umfassende Zeitpolitik sicherstellen wollen.

#### 4. Wie kann der Bund zu einer angemessenen Ausstattung der kommunalen Infrastruktur zur Engagementförderung beitragen?

Engagement fördernde Infrastruktureinrichtungen, die Beratung und Vernetzung ermöglichen, belasten letztendlich den kommunalen Haushalt. Mehr und besser ausgestattete Infrastruktur erfordern deshalb in vielen Gemeinden Zuschüsse und Förderungen. Wie die – angesichts des bestehenden Kooperationsverbots des Bundes - aussehen können, müssen die Spitzenverbände des bürgerschaftlichen Engagements aushandeln.

Die Kommunen stehen im Zentrum unserer Politik. Sie sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen und ihre finanzielle Ausstattung entscheidet über Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder bestmögliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, wie die Inklusion von Menschen mit Behinderungen gelingt, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für nachhaltiges kommunales Handeln haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass die Leistungs- und Integrationsfähigkeit ebenso wie die Investitionsfähigkeit der Kommunen auf dem Spiel steht. Wir wollen Städte und Gemeinden wieder stärken. Wir werden einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen und zur Investitionsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise leisten.

Das Engagement vor Ort in Freiwilligenagenturen, Engagementzentren oder -börsen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen muss – wie bereits oben beschrieben - stärker initiiert und unterstützt werden. Die SPD will, dass der Bund die Kommunen bei der Engagementförderung direkt unterstützen kann. Deshalb setzt sie sich für die Streichung des entsprechenden Kooperationsverbots im Grundgesetz ein.

Dazu gehört auch, dass die Mehrgenerationenhäuser durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen weiter gefördert werden. Bei Projekten und Unternehmungen mit kulturellen und sozialen Zwecken sind genossenschaftlich organisierte Betriebsformen zu ermöglichen. Hierzu

Unser Ziel ist es, in Regierungsverantwortung den Aufbau einer engagementfördernden Infrastruktur von unten zu stärken und die Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, Instrumente wie beispielsweise die Mehrgenerationenhäuser, eigenständig tragen zu können. Um die Kommunen finanziell besser auszustatten sehen wir eine ganze Reihe von Maßnahmen vor: die Anhebung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft; eine angemessene Mitfinanzierung des Bundes bei dem geplanten Bundesteilhabegesetzes, das die Eingliederungshilfe ablösen soll; die Einrichtung eines Sonderprogramms für den Ausbau der Kinderbetreuung oder die Erhöhung der Städtebaufördermittel. Hinzu kommen unsere grünen Vorschläge zu Steuerreformen, die den Kommunen etwa 2 Mrd. Euro jährlich an Mehreinnahmen bringen würden.

Dadurch werden die Kommunen finanziell gestärkt und bekommen die Möglichkeit, engagementfördernde Infrastruktur eigenständig zu tragen.

sollen die Gesetze angepasst werden.

Großer Reformbedarf besteht nach wie vor in der Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Das geltende Gemeinnützigkeitsrecht entspricht nicht mehr den gewandelten Zielsetzungen und den komplexeren organisatorischen Erfordernissen gemeinnütziger Organisationen. Notwendig ist deshalb eine umfassende Überarbeitung des Katalogs der gemeinnützigen Zwecke in der Abgabenordnung. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements muss als eigenständiger gemeinnütziger Zweck anerkannt werden. Der Zugang für Freiwilligenagenturen, Selbsthilfegruppen und engagementfördernden Netzwerken zum Gemeinnützigkeitsstatus muss ermöglicht werden. Das steuerliche Gemeinnützigkeitsrecht darf keine Hindernisse für eine effektive Verwendung von Spenden bieten. So muss es etwa Mittelbeschaffungsinstitutionen (insbesondere Förderstiftungen, gemeinnützigen Vereinen) erleichtert werden, ihre Mittel an andere gemeinnützige Organisationen, die dieselben Zwecke verfolgen, weiterzuleiten. Erforderlich ist ferner eine Anpassung der Regelungen für die wirtschaftliche Tätigkeit von Vereinen an die aktuellen Gegebenheiten. Überfällig ist insbesondere eine Aufnahme zusätzlicher Tätigkeiten in die Zweckbetriebsdefinition, wie Mahlzeitendienste, Hausnotrufdienste, Einrichtungen des betreuten Wohnens und Behindertenfahrdienste. Gemeinnützige Vereine und Organisationen müssen schließlich bei ihrer Tätigkeit von bürokratischen Lasten befreit werden. Durch eine regelmäßige Anpassung von Steuerfreibeträgen und Zweckbetriebsgrenzen müssen sie von Nachweispflichten und Erklärungsaufwand entlastet werden.

## 5. Wie kann der Bund zu einer Verbesserung der Bürgerbeteiligung in den Kommunen beitragen?

Indem er über steuerliche und bürokratische Entlastung hinaus die Bürger informiert. „Wir (wollen) mit Kampagnen gezielt werben, wie wertvoll und sinnstiftend ein solches Engagement ist“, heißt es im kommenden Regierungsprogramm der CDU /CSU dazu.

Wir wollen unsere Demokratie stärken, damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Politik und staatlichen Institutionen wieder wächst, damit wieder mehr Menschen zur Wahl gehen und damit politische Entscheidungen mehr Legitimität erhalten. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken. Dazu setzen wir auf mehr Offenheit und Transparenz politischer Entscheidungen.

Ich setze mich dafür ein, dass unsere klassisch-repräsentative Demokratie um neue und weitergehende Formen der demokratischen Beteiligung auf allen politischen Ebenen ergänzt wird. Dazu werden wir auf Bundesebene Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide einführen. Eine Möglichkeit ist auch die Nutzung neuer digitaler Technologien, zum Beispiel in Form von Online-Petitionen und -Befragungen oder Ideen-Wettbewerben („Crowdsourcing“). Freiburg bietet selbst ja auch schon die Möglichkeit des Beteiligungshaushalts. Selbstverständlich ist für uns als SPD aber auch, dabei jene Menschen mitzunehmen, die mit diesen neuen Möglichkeiten noch nicht vertraut sind.

Damit mehr Partizipation in politischen Prozessen erreicht werden kann, müssen Politik und Verwaltung transparenter werden. Ich bin für konsequente Offenheit bei all jenen Daten, Verträgen und Verfahren, an denen ein öffentliches Interesse besteht.

Demokratie braucht die Einmischung aller. Alle müssen mitreden können und wir wollen alle darin bestärken, mitzumachen. Deshalb setzen wir Grüne auf eine Politik des Gehörtwerdens und Hörbarmachens, fördern Engagement vor Ort und schaffen neue Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene.

Bürgerbeteiligung fängt in der Kommune bei Planungsverfahren an und endet bei Elementen der direkten Demokratie auf Bundes- und EU-Ebene. Die Beteiligung muss dabei so früh ansetzen, sodass etwa bei Planungsverfahren ggf. noch umgesteuert werden kann und dementsprechend organisiert sein, dass niemand vom Planungsprozess ausgeschlossen wird. Eine wichtige Voraussetzung für Bürgerbeteiligung ist Transparenz. Das gilt nicht nur für die Planung von Infrastrukturprojekten, sondern für jedes Handeln der Verwaltung. Dafür brauchen wir Verwaltungen, die umdenken und den überfälligen Wandel hin zu einer modernen, offenen Verwaltung als Chance erkennen. Die neue, transparente Verwaltung wird unter anderem die Aufgabe haben, in Planungsverfahren alle planungsrelevanten Daten und Dokumente im Original im Internet zu veröffentlichen. Für Menschen, die das Internet nicht nutzen können oder wollen, muss es entsprechende Informationsmöglichkeiten, etwa durch Zeitungsanzeigen und Auslegung geben.

<b>Sascha Fiek</b> <b>FDP</b>	<b>Tobias Pflüger</b> <b>LINKE</b>	<b>André Martens</b> <b>PIRATEN</b>
<b>1. Was kann aus Ihrer Sicht der Bund tun, damit Familie, Beruf/ Ausbildung und Engagement besser miteinander vereinbart werden können?</b>		
<p>Eine wesentliche Aufgabe des Staates in dem Zusammenhang ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Menschen ermöglichen, die genannten Punkte zu vereinbaren. Ein wichtiger Schritt war es, den Rechtsanspruch auf Betreuung zu etablieren. Jetzt ist es wichtig, dass dieser Rechtsanspruch auch flächendeckend in Anspruch genommen werden kann. Zudem muss freiwilliges Engagement die Wertschätzung erhalten, die es verdient. Politik muss stets deutlich machen, dass ein Engagement in der Zivilgesellschaft eine tragende Säule der Gesellschaft ist. Ebenso wünsche ich mir, dass es gelingt, dass Engagement die nötige Infrastruktur (Räume, Kommunikationsmittel...) erhält, denn ohne diese ist Engagement nicht denkbar. Dazu sollte der in den letzten Jahren eingeschlagene Weg, die Kommunen finanziell zu stärken, weiter beschritten werden.</p>	<p>Für Engagement sind zumindest zwei Grundvoraussetzungen notwendig: freie Zeit und ein freier Kopf. Beides wurde in den letzten Jahren durch den neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft für einen Großteil der Bevölkerung eher vermindert als vermehrt. Die Flexibilisierung und Ausweitung der Arbeitszeiten sowie die Intensivierung der Arbeit haben sowohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch die Möglichkeiten von ehrenamtlichem Engagement deutlich erschwert. Wer zudem prekär beschäftigt ist und einen Zweitjob braucht, hat weder die Zeit noch die Energie sich zu engagieren. Wer arbeitslos ist und sich tagtäglich um die soziale Existenz sorgen muss, hat zwar Zeit aber kaum einen freien Kopf, um sich zu engagieren.</p> <p>Deshalb ist für DIE LINKE klar: Der Bund sollte alles in seiner Möglichkeit stehende tun, dem neoliberalen Umbau entgegenzuwirken, damit wieder bessere Voraussetzungen für Engagement geschaffen werden. Erst dann können konkrete Vorschläge greifen, wie bspw. berufliche Freistellungsmöglichkeiten fürs Ehrenamt etc. Hierzu brauchen wir eine Veränderung der Machtverhältnisse!</p>	<p>Er kann dafür sorgen, dass die beruflichen Rahmenbedingungen in Hinblick auf die Arbeitszeiten flexibler gestaltet werden können.</p> <p>Darüber hinaus hilft unser Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens den Bürgern in diesem Spannungsfeld. Wenn ihr Überleben/ Wohlergehen/ wieauchimmer unabhängig von wirtschaftlichen Entwicklungen dauerhaft gesichert ist, können die Menschen z.B. Gehaltseinbußen durch weniger Arbeit zugunsten von einem stärkeren ehrenamtlichen Engagement oder mehr Zeit mit ihrer Familie wählen.</p>



## 2. Was würden Sie vorschlagen, um benachteiligten Bevölkerungsgruppen (z.B. MigrantInnen, bildungsfernen/ finanzschwachen Menschen, Behinderten) den Zugang zum Engagement zu erleichtern?

Wir haben uns in einem breiten gesellschaftlichen Konsens auf den Weg gemacht, Inklusion zu leben, wobei neben den finanziellen Aspekten, die in den anderen Punkten genannt werden, es darauf ankommt, diese in den Köpfen der Menschen zu verankern. Aber auch bei den anderen genannten Gruppen kommt es darauf an, dafür zu werben, dass Engagement eine persönliche und gesellschaftliche Bereicherung darstellt. Die Einbeziehung aller Gruppen ist aber weniger eine politische als eine gesellschaftliche Aufgabe. Politik kann nur, wie in den anderen Punkten beschrieben, einen angemessenen Rahmen schaffen, der die Hürden für Engagement, dort, wo sie vorhanden sind, absenkt.

Zunächst suggeriert die Frage, MigrantInnen würden sich weniger engagieren als die Mehrheitsbevölkerung. Aus der neueren Migrationsforschung wissen wir um die blinden Flecken des bundesweiten Freiwilligensurveys, der z.B. Engagement in migrantischen Kulturvereinen oder Moscheevereinen nicht berücksichtigt. Hier gilt es, einen reflektierteren Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse in unserem Land zu richten.

Keine Frage ist, dass sozial benachteiligte Menschen aufgrund der oben beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen wesentlich höhere Hürden überwinden müssen, um sich zu engagieren. Die Vorschläge zur Sachkostenerstattung oder der Anrechenbarkeit bei der Rente greifen nur bei Angehörigen der Mittelschicht. Prekär Beschäftigte, die teilweise zusätzlich von Transfereinkommen abhängig sind, oder Menschen in Hartz IV-Bezug gewinnen nichts, so lange eine erhöhte Sachkostenerstattung voll als Einkommen angerechnet wird. Auch die Rente würde sich nach wie vor unter dem Grundsicherungsniveau bewegen.

Menschen engagieren sich dann, wenn sie tatsächlich etwas verändern können. Die zunehmende soziale Spaltung in unserem Land arbeitet dem genau entgegen. Von daher müsste von der Bundesebene ein deutliches Signal kommen, dass die Sorgen und Nöte der Menschen am unteren Ende der Gesellschaft ernst genommen und deren Situation tatsächlich verbessert werden soll. So lange dies nicht geschieht, besteht weiterhin die Gefahr einer moralischen Verurteilung der Benachteiligten, weil diese sich nicht oder nur wenig engagieren. DIE LINKE will dieser Beschämung Benachteiligter entgegenwirken, indem sie gegen die soziale Spaltung kämpft und Menschen ermutigt, sich zu wehren.

Insbesondere sehr intensives ehrenamtliches Engagement wird z.B. bei Hartz IV-Bezug zu einem Problem. In solchen Fällen unterstellt das Amt dann gern, dass man nicht wirklich mit seiner vollen Arbeitskraft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünde. Nach Auffassung von uns Piraten hat sich der Staat aber gerade da herauszuhalten. Deshalb fordern wir als Alternative zu Hartz IV ein bedingungsloses Grundeinkommen. Auch bei der Erstellung von Werbematerial (z.B. Flyer) ist es hilfreich, zum einen den Service zu bekommen, dass jemand die Gestaltung übernimmt. Außerdem sollte bei den Druckkosten unter die Arme gegriffen werden. Eine Anlauf- und Beratungsstelle, die z.B. beim Arbeitsamt angesiedelt ist, könnte Hilfe und einen Überblick über die verschiedenen Fördermöglichkeiten ehrenamtlichen Engagements vermitteln. Ein Problem vieler ehrenamtlicher Gruppen ist die Beschaffung geeigneter Räumlichkeiten. Hier wäre es denkbar, insbesondere abends leerstehende Schulräume zur Verfügung zu stellen.

**3. Was könnte der Bund tun, damit das Verhältnis von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in Einrichtungen so gut gestaltet wird, daß der Charakter des freiwilligen Engagements und die Arbeitsmarktneutralität gewahrt bleiben?**

Es darf nicht sein, dass das Ehrenamt dazu missbraucht wird, die Aufgaben der Hauptamtlichen Kräfte zu ersetzen, um an falscher Stelle zu sparen. Ein Ansatz dazu könnte aus meiner Sicht sein, in Einrichtungen in die Richtung eines Qualitätsmanagements zu denken oder Standards zu definieren, die darauf ausgerichtet sind, gewisse Qualifikationen vorzuhalten und einzufordern, die nur von Hauptamtlichen geleistet werden können und dürfen. Gleichzeitig könnte in solchen Standards das quantitative und qualitative Verhältnis von Ehrenamtlichen zu Hauptamtlichen definiert werden, um hier Grenzen der Verschiebungen anzulegen. So könnte auf rechtlichem Wege dafür Sorge getragen werden, dass ehrenamtlich engagierte Menschen wertvolle Unterstützung leisten, die geschätzt und nicht als Sparpotenzial gesehen wird. Hinzu kommt, dass das Ehrenamt auch die Freiheit haben muss, dass Ziele und Art des Engagements eigenständig festgelegt und gerade nicht von Politik definiert werden. Denn die Entwicklungstriebkraft steckt im Engagement selbst und darf nicht politisch vorgegeben werden.

Ein zentrales Problem der gesellschaftlichen Entwicklung besteht darin, dass der Sozialabbau durch Ehrenamtlichkeit abgedeckt werden soll. In vielen Bereichen werden Ehrenamtliche eingesetzt, um Lücken im professionellen Bereich zu schließen. Diese Situation überfordert einerseits die Ehrenamtlichen, wenn diese nicht vernünftig begleitet werden. Andererseits bleibt den Profis weniger Zeit für ihre Arbeit mit den jeweiligen Zielgruppen, wenn sie sich um die Anleitung von Ehrenamtlichen kümmern sollen.

Den Charakter des freiwilligen Engagements und die Arbeitsmarktneutralität gleichzeitig zu wahren, setzt voraus, dass Ehrenamtliche nicht als „Lückenbüßer“ des Sozialabbaus eingesetzt werden. Dies setzt wiederum voraus, dass die professionelle Ausstattung gerade im sozialen Bereich so gestaltet ist, dass qualitativ hochwertige Angebote sowie die Begleitung von Ehrenamtlichen für angemessene und sinnvolle Tätigkeiten möglich sind.

Man könnte verbindliche Gütesiegel für Arbeitgeber definieren. Öffentliche Aufträge würden z.B. nur an solche Unternehmen vergeben werden, die über ein solches Siegel verfügen.

#### 4. Wie kann der Bund zu einer angemessenen Ausstattung der kommunalen Infrastruktur zur Engagementförderung beitragen?

In erster Linie durch die bereits unter Punkt 1 genannte Entlastung der Kommunen, die nach Möglichkeit ausgebaut werden sollte. Die Kommunen benötigen einen angemessenen finanziellen Handlungsspielraum, um solche Aufgaben übernehmen zu können. In den Kommunen gibt es bereits eine große Bereitschaft und Verständnis, wenn es darum geht, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern, aber dafür benötigen Sie auch die finanziellen Chancen. Durch einen eigenen kommunalen Hebesatz auf die Umsatzsteuer bzw. Körperschaftsteuer könnte die Gemeindefinanzierung verbessert und vor allem verstetigt werden. Direkt behilflich könnte der Bund noch sein, wenn es um die Vernetzung lokaler Einrichtungen geht, um die Kommunikation zwischen diesen auszubauen und so Erfahrungen und Ideen gegenseitig verfügbar zu machen. Dazu wäre auch die Bereitstellung von Kommunikationsinfrastruktur seitens des Bundes denkbar.

Im letzten Jahrzehnt sind auf der kommunalen Ebene einige Einrichtungen entstanden, die bürgerschaftliches Engagement unterstützen – seien es Freiwilligenbüros, Kontaktstellen für Selbsthilfeinitiativen oder Netzwerke für Gruppen in verschiedenen Bereichen.

Auf der Bundesebene könnten die Rahmenbedingungen zumindest auf zwei Ebenen verbessert werden: Zum einen wäre eine finanzielle Entlastung der Kommunen sinnvoll, damit Spielräume entstehen, eine kommunale Infrastruktur auszubauen. Zum anderen können über gezielte Bundesprogramme finanzielle Anreize für den Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur geschaffen werden. Allerdings wäre hierbei zu gewährleisten, dass Engagementförderung nicht ideologisch eingegrenzt wird, wie z.B. aktuell durch die unsägliche Extremismusklausel der Bundesregierung im Rahmen der Förderung von Engagement gegen Rechtsextremismus.

Für DIE LINKE ist klar: Engagement darf nicht gegängelt werden!

Bei ehrenamtlichen Engagement ist gewöhnlich die Kommunikation innerhalb der Gruppe eine entscheidende Säule. Eine Unterstützung insbesondere bei der Errichtung der dafür gewöhnlicherweise nötigen elektronischen Infrastruktur wäre von Vorteil. Viele Gruppen müssen zum Beispiel einfache Möglichkeiten haben, z.B. über Mailinglisten untereinander zu kommunizieren. Nicht jede Organisation hat zur Einrichtung von Servern dafür das notwendige KnowHow oder die Zeit. Hier könnte der Bund über staatliche Mittel etwas unter die Arme greifen. Bei uns Piraten haben sich auch Wiki- und Etherpad-Server als sehr hilfreiche Mittel herausgestellt. Diese könnten den Gruppen entsprechend zur Verfügung gestellt werden.

## 5. Wie kann der Bund zu einer Verbesserung der Bürgerbeteiligung in den Kommunen beitragen?

Hier gilt es, Bürgerbeteiligung nicht nur als Feigenblatt zu begreifen, sondern sie auch wirklich ernst zu nehmen. Ein ermutigendes Beispiel ist die Planung der Rheintalbahn, auf die bürgerschaftliches Engagement großen Einfluss hat, wenngleich auf die Bürgerinnen und Bürger erst viel zu spät eingegangen wurde. Gerade in planungsrechtlichen Fragen müssen die Bürger noch früher einbezogen werden und nicht erst, wenn der Großteil der Planungen bereits abgeschlossen ist. Hier kann der Bund eingreifen. Ein wichtiger Schritt und bedeutendes Symbol wäre auch die Einrichtung von bundesweiten Volksentscheiden, was ein Signal an alle wäre, dass die Bürgerinnen und Bürger direkt einbezogen werden. Daraufhin ließe sich auch leichter darauf hinwirken, dass in den landesrechtlichen Gemeindeordnungen weitere Bürgerbeteiligungsinstrumente etabliert werden wie beispielsweise Beteiligungshaushalte, deren Ergebnisse dann einen realen Einfluss auf die Politik haben müssen und nicht nur in Internetforen versanden.

Wenn wir ehrlich sind, dann wird das ehrenamtliche Engagement in Sonntagsreden gerne gelobt, aber eine faktische Anerkennung findet nicht statt. Da wird dann gerne die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft bemüht, aber nur so lange sich diese in den herrschenden Mainstream einordnet. Sobald es darüber hinausgeht, stört bürgerschaftliches Engagement.

Dabei ist Bürgerbeteiligung ein zentrales Element der Demokratie. Die Erfahrungen in Freiburg mit dem Beteiligungshaushalt zeigen, wie schwierig es selbst unter grünen Mehrheiten, die zumindest verbal den Willen zu mehr Bürgerbeteiligung vor sich her tragen, die tatsächliche Durchsetzung eines sinnvollen Konzeptes stadtteilnaher, dezentraler Entscheidungsstrukturen im Rahmen der Aufstellung des kommunalen Haushaltes ist. Und welche Diffamierungen erfolgen, wenn sich ein Bürgerentscheid gegen die politischen Mehrheiten richtet, haben wir in Freiburg ebenfalls erlebt – da wurden die Grünen bis zur Kenntlichkeit entstellt.

Als jemand der aus einer Basisbewegung – nämlich der Friedensbewegung – kommt, ist eines unverrückbar: Demokratie entsteht von unten und kann sich nur im Klima einer lebendigen Diskussion und Beteiligung vieler entwickeln. Wir dürfen nicht auf mögliche Initiativen von oben setzen. Und wir müssen die Menschen vor Ort ernst nehmen. Nichts ist tödlicher für die Demokratie als beteiligungsorientierte Alibiveranstaltungen.

In Europa erleben wir zur Zeit, wie Demokratie durch so genannte Experten ausgehebelt oder marktkonform zurecht gestutzt wird. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Ansonsten werden diese Auswirkungen bis auf die kommunale Ebene haben und dann wird Bürgerbeteiligung zur Farce!

DIE LINKE steht dafür, dass die Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Hierfür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden: Demokratie gelingt nur, wenn ein gewisser Grad an sozialer Sicherheit gewährleistet ist; deshalb 100% demokratisch geht nur bei 100% sozial!

Eine gute Bürgerbeteiligung setzt vernünftige Transparenz voraus. Nur wenn ein Bürger möglichst viele Fakten kennt, ist er in der Lage, sich zu beteiligen. Konkret bedeutet das Folgendes:

- Streaming von Gemeinderatssitzungen und Aufzeichnung für den späteren Abruf im Netz
- Veröffentlichung aller Protokolle
- Möglichst einfache Darstellung des kommunalen Haushaltes wie es z.B. auf <http://www.bundeshaushalt-info.de> realisiert ist.
- Ein Antragsportal wie das der Piraten schaffen: <http://openantrag.de>. Dort ist es dann für jeden Bürger möglich, auch anonym Anträge einzureichen und deren Bearbeitungsstand transparent mitzuverfolgen.